



Botschaft der Republik Ruanda
Newsletter
Ausgabe 07/2010



Liebe Ruandafreunde,

wie Sie wissen hat sich Ruanda in den letzten Jahren gut entwickelt. Unsere Wirtschaft wächst sehr stark. Immer mehr Kinder werden in immer besseren Schulen unterrichtet. Das Gesundheitssystem hat sich sprunghaft verbessert. Laut der neuesten Umfrage der Organisation Transparency International ist Ruanda das am wenigsten korrupte ostafrikanische Land. Ruanda ist auf seine Errungenschaften stolz, die darauf beruhen, dass die Ruander zusammen gekommen sind und als ein Volk zusammenleben und -arbeiten.

Leider gab es in den letzten Wochen immer wieder negative Schlagzeilen über die ruandische Regierung. Sie soll laut Zeitungsberichten verantwortlich für Morde an einem Journalisten und einem Politiker sein. Mittlerweile finden sogar hier in Deutschland Diskussionsrunden mit so genannten „Experten“ statt, die die ruandische Regierung voreilig vorverurteilen und es nicht für nötig halten, die Ergebnisse der laufenden polizeilichen Untersuchungen abzuwarten. Von einigen Seiten wurde ich bereits angesprochen, was an diesen Meldungen dran sei. Mit dieser Ausgabe des Newsletters möchte ich Stellung nehmen und vorab die Frage stellen: Könnte eine Regierung, die alles in den letzten Jahren dran gesetzt hat, die Sicherheit im Lande zu gewährleisten, wirklich Interesse haben, sie wieder zu destabilisieren?

Ich hoffe, ich kann einige offene Fragen klären und stehe gerne zu einem weiteren konstruktiven Austausch zur Verfügung.

Christine Nkulikiyinka



Botschaft der Republik Ruanda
Newsletter
Ausgabe 07/2010



Der Fall Jean Leonard Rugambage und die Pressefreiheit

Am 24. Juni 2010 wurde der Journalist Jean-Leonhard Rugambage erschossen, als er sein Haus in Nyamirambo, einem Vorort von Kigali, betreten wollte. Nach gründlichen Untersuchungen nahm die Polizei zwei männliche Verdächtige fest. Der erste Verdächtige Didace Nduguyangu gestand, vom zweiten Verdächtigen A ntoine Karemera, angestiftet worden zu sein, Rugambage zu töten, in Vergeltung für Rugambages Rolle in der Ermordung von Karemeras Bruder während des Genozids 1994. Es ging hier also um familiäre Rache und nicht darum, die Presse einzuschüchtern.

In Ruanda sind mehr als 35 Zeitungen und 12 Radiosender tätig, die sich in Privatbesitz befinden. Nachrichtenorganisationen aus der ganzen Welt berichten frei, in und über Ruanda. Dazu zählen u.a. Newsweek, Washington Post, Jeune Afrique, Der Spiegel und Deutsche Welle.

Einige Zeitungen berichten allerdings sehr rücksichtslos. Z.B. veröffentlichen sie Namen von minderjährigen Vergewaltigungsoptionen. In vielen Fällen begründen sie damit einen Aufruf zur Gewalt.

So eine Berichterstattung ist kriminell und deshalb müssen solche Zeitungen zur Rechenschaft gezogen werden. Das hat aber nichts mit der Unterdrückung von Journalisten bzw. brutalen Maßregelungen der Medien zu tun.

Die Medien müssen sich an die Gesetze halten, die Aufhetzung und Volksverhetzung verbieten. Das ist auch eng begründet mit Ruandas Vergangenheit, denn 1994 verhalf die Presse dazu, den Genozid zu entzünden und zu schüren. Deshalb hat der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda (ICTR) befunden, dass die Pressefreiheit an den speziellen Erfahrungen eines Landes gemessen werden muss.

Nachrichtenorganisationen haben Rechte aber auch Pflichten, vor allem in einem Land, in dem fast 1 Million Menschen innerhalb von 100 Tagen niedergemetzelt wurden.



Botschaft der Republik Ruanda
Newsletter
Ausgabe 07/2010



Der Fall Andre Kagwa Rwisereka von „The Green Party“

Am 14. Juli 2010 wurde Andre Kagwa Rwisereka, ein Politiker der „Green Party“, nahe der Stadt Butare ermordet aufgefunden. Die Polizei ermittelt in dem Fall mit Hochdruck, um den Täter so schnell wie möglich zu finden. Ein Verdächtiger wurde bereits festgenommen, der als letzter in der Mordnacht mit dem Opfer zusammen gesehen wurde.

Der Vorwurf, die ruandische Regierung würde dahinter stecken, ist auch in diesem Fall haltlos. Die Regierung unternimmt alles, damit der Fall schnellstmöglich aufgeklärt wird. Sogar Herr Habineza, Präsident der „Green Party“, hat die Aufklärungsarbeit der Polizei öffentlich gelobt.

Auch der Vorwurf, dass der Tod des Mannes symbolisch für die politische Unterdrückung in Ruanda sei, muss zurückgewiesen werden. So ist z.B. „the Green Party“ noch nicht offiziell als Partei registriert und hat deshalb auch keinen Präsidentschaftskandidaten aufgestellt.

Am 9. August 2010 findet in Ruanda die Präsidentschaftswahl statt. Drei Gegenkandidaten werden gegen Staatspräsident Paul Kagame antreten.

Der Fall Peter Erlinder

Der amerikanische Rechtsanwalt Peter Erlinder, der Ende Mai in Ruanda verhaftet wurde, befindet sich seit 17. Juni wieder auf freiem Fuß. Er durfte das Gefängnis verlassen nachdem er ärztliche Atteste über psychische Probleme vorgelegt hatte. Eine strafrechtliche Verfolgung wird es auf jeden Fall geben. Peter Erlinder ist wegen Leugnung des Genozids an den Tutsis angeklagt.

Das ruandische Gesetz zur Leugnung des Genozids wird oft kritisiert. Aber es gibt ähnliche Gesetze in vielen europäischen Ländern hinsichtlich der Leugnung des Holocausts. Und es gibt Verurteilungen wie beispielsweise die von David Irving und Bischof Richard Williamson.



Botschaft der Republik Ruanda
Newsletter
Ausgabe 07/2010



Erlinders Verhaftung hatte nichts damit zu tun, dass er ein scharfer Kritiker von Staatspräsident Paul Kagame ist. Es hatte auch nichts damit zu tun, dass er als Verteidiger für die Angeklagten des Genozids am Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda (ICTR) auftrat. (Erlinder vertrat einen einzelnen Klienten bei einem Fall vor dem ICTR. Dieser Fall wurde vor einiger Zeit abgeschlossen und sein Klient für die Beteiligung am Genozid bestraft.) Auch hat seine Verhaftung nichts damit zu tun, dass er als Anwalt Frau Ingabire vertreten sollte.

Seine Verhaftung ist einzig und allein darin begründet, dass er den Genozid leugnet und seine revisionistische Sicht über den Genozid in seinen Schriften und über mehrere Plattformen verbreitet, wie z.B. noch Mitte Mai in Belgien.

Der Fall Faustin Kayumba Nyamwasa

Am 19. Juni 2010 wurde in Südafrika auf Faustin Kayumba Nyamwasa, einen ehemaligen ruandischen Botschafter, geschossen, als er von einem Ausflug mit seiner Frau und seinem Fahrer kam und sich auf dem Weg nach Hause befand. Er erholte sich von seinen Wunden und bleibt ein aktives Diskussionsthema zwischen Ruanda und Südafrika. Denn Kayumba wird wegen Terrorismus und Korruption in Ruanda gesucht. Er wird mit einer Serie von Granaten-Anschlägen, welche sich Anfang des Jahres in Kigali ereigneten und zwei Menschen töteten und Dutzende verletzten, in Verbindung gebracht. Ruanda verlangt deshalb seine Auslieferung aus Südafrika.

Die südafrikanischen Behörden leiten zurzeit die Ermittlungen. 4 mutmaßliche Täter wurden bereits gefasst: zwei Tansanier, ein Somalier und ein Mosambikaner. Uns fehlen aber noch genauere Angaben zu diesen Personen. Voreilige Meldungen beschuldigen die ruandische Regierung an dem Vorfall beteiligt gewesen zu sein, wieder ohne die Ergebnisse der Untersuchungen abzuwarten.

Die südafrikanischen Untersuchungen weisen leider auch Unregelmäßigkeiten auf. So hat die Polizei einen ruandischen Geschäftsmann namens Francis Gakwerere



Botschaft der Republik Ruanda

Newsletter

Ausgabe 07/2010



verhaftet, und ihn später mit Tausend Dollar weniger wieder frei gelassen. Hinzu kommt außerdem, dass die Behörden Kayumbas Schwager erlaubt haben, an der Befragung von Tatverdächtigen teilzunehmen. Drittens hat die Polizei aus unerklärlichen Gründen die Haft und Befragung von Kayumbas Fahrer aufgeschoben, obwohl er angeblich gestanden hat, Teil einer Verschwörung gegen seinen Arbeitgeber zu sein. Dieser Aufschub gab Kayumbas Schwager offensichtlich mehr Zeit, Druck aufzubauen und die Aussage des Fahrers zu untergraben.

Wir hoffen, dass Kayumba bald nach Ruanda ausgeliefert wird und Stellung zu seinen Verbrechen nehmen kann, deren er in Ruanda beschuldigt wird.

Der Fall Victoire Ingabire Umuhoza

Ingabire kam Anfang Januar 2010 als Präsidentschaftskandidatin nach Ruanda. Doch schon sehr schnell wurde klar, dass sie keine Politikerin war sondern eine Terroristin, die die FDLR (Forces Démocratiques de la Libération du Rwanda) unterstützt, die international als Terrororganisation eingestuft wird. Anhand von Zeugenaussagen, Emails und Geldtransfer lässt sich beweisen, dass Ingabire eine eigene bewaffnete Gruppe gegründet hat, um gegen Ruanda einen Guerilla-Krieg zu führen. Es geht hier also nicht mehr um Politik sondern um Terrorismus. Ruanda kooperiert bereits mit der internationalen Gemeinschaft: Kongo und Burundi haben schon Beweisdokumente nach Ruanda geschickt. Entsprechende Beweisdokumente wurden auch von den USA, Belgien, Niederlande und Schweiz angefordert. Zur Erinnerung: Ignace Murwanashyaka war einer der Anführer der FDLR und hat jahrelang telefonisch seine Befehle von Deutschland aus erteilt, bis er schließlich im November 2009 in Mannheim festgenommen wurde.



Botschaft der Republik Ruanda
Newsletter
Ausgabe 07/2010



Dieser Newsletter wird erstellt von [neurohr & andrä](#).

Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine E-Mail mit Ihrer Adresse und dem Betreff "Abbestellung Newsletter" an ruanda@na-komm.de

Impressum

Botschaft der Republik Ruanda

Jägerstraße 67-69

10117 Berlin

Tel. 030 - 209 165 90, Fax 030 - 209 165 959

E-Mail : info@rwanda-botschaft.de, ambabonn@minaffet.gov.rw

Internet: <http://www.rwanda-botschaft.de>